

Die Amelie

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Amelie“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer Krede zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6 Spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Der Kampf um die Zollvorlage.

Die von der Regierung eingebrachte kleine Zollvorlage ist im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat beraten worden; sie ist dem Reichstag zur ersten Lesung zugegangen. Damit ist der Kampf um die Zollvorlage in sein letztes entscheidendes Stadium getreten, obwohl erst wenige Wochen verfloßen sind, seitdem er überhaupt in vollem Umfange eröffnet worden ist.

Es ist nötig, bevor man sich mit der Vorlage im einzelnen befaßt, auf diese Taktik der Regierung, auf diesen Versuch, die Zollvorlage mit allen Mitteln durchzusetzen, immer wieder hinzuweisen. Obwohl beispielsweise der Reichswirtschaftsrat seit mehr als einem halben Jahre immer wieder von der Regierung verlangt hat, daß ihm endlich die Vorschläge der Regierung zur eingehenden Beratung unterbreitet würden, hat die Regierung die Eröffnung der öffentlichen Diskussion immer wieder hinausgezögert. Erst am 19. Mai ist der Gesetzentwurf über Zolländerungen, die sogenannte kleine Zollvorlage, dem Reichswirtschaftsrat in vollem Umfange, nämlich einschließlich der wichtigsten Positionen, der Zölle auf Lebensmittel, vorgelegt worden. Gleichzeitig mit dieser verspäteten Vorlage sollte auch das schärfste Drängen der Regierung ein, die Beratungen auf das innerste zu beschleunigen. In seinem offiziellen Bericht über die Ergebnisse seiner Beratungen beklagt sich der verstärkte Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrates über dieses Vorgehen der Regierung. Während der Reichswirtschaftsrat den Wunsch gehabt hatte, sich mit der Angelegenheit ganz ausführlich zu befassen, hat der Zolltarifausschuß den an ihn gestellten Überforderungen der Regierung in nur 4 Sitzungen genügen müssen. Obwohl vor allem durch das energische Vorgehen der Arbeitervertreter in die Beratungen alle nur mögliche Gründlichkeit hineingetragen worden ist, hat die Regierung beim Reichswirtschaftsrat ihre Absicht, die Beratungen sehr abzukürzen, leider in ziemlichem Umfange erreicht.

Dieselbe Taktik, die Beratungen mit allen Mitteln zu beschleunigen und damit die Möglichkeit einer gründlichen Prüfung zu verkürzen, soll nun wieder im Reichstag befolgt werden. Auch hier wird sie auf den entschlossenen Widerstand vor allem bei den Vertretern der Arbeiterchaft stoßen.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Reichstag seine Zustimmung in einer so wichtigen und für unsere ganze wirtschaftliche Zukunft entscheidenden Angelegenheit gibt, ohne daß alle Mittel zu einer gründlichen Prüfung vorher angewandt wurden.

Das offensichtlich Bestreben der Regierung, eine solche Prüfung zu verhindern, spricht bereits sehr gegen den sachlichen Wert ihrer Vorlage. Wenn wir uns diesen Gesetzentwurf zunächst in seiner Gesamtheit ansehen, so erkennen wir sehr bald seinen wahren Charakter. Was hier dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft auferlegt werden soll, ist ein System des

fast lückenlosen Hochschutzes. Der Zoll ist lückenlos, denn er umfaßt nicht nur die industriellen Fertigfabrikate, sondern auch eine große Reihe von Rohstoffen der Industrie (Kohleisen!) und der Landwirtschaft (Zuttermittel!) Er enthält vor allem auch, was für die Massen der Verbraucher am wichtigsten ist, einen fast lückenlosen Zollschutz aller Lebensmittel, einschließlich der Hauptnahrungsmittel der ärmsten Klassen der Bevölkerung, Brot, Kartoffeln und Margarine. Und es ist ein ausgesprochen Hochschutz; denn gegenüber den gewiß schon nicht niedrigen Zöllen der Vorkriegszeit sind in dem Regierungsentwurf beträchtliche Erhöhungen, zum Teil Verdoppelungen und Verdreifachungen, vorgesehen, und bei einzelnen Erzeugnissen, wie z. B. bei den für die Landwirtschaft so wichtigen Motorölen, beträgt der neue Zoll sogar das Doppelte der Vorkriegszeit.

Da, wie wir gesehen haben, die Regierung den parlamentarischen Körperlichkeiten allzu wenig Zeit zur Prüfung der Vorlage gelassen hat und noch weiter zu lassen gedenkt, so sollte man wenigstens annehmen, daß diese Vorlage selbst auf das allergründlichste vorbereitet worden und daß vor allem die amtliche Begründung, die die Regierung dazu gegeben hat, ein Mähter von Sachlichkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wäre. Es ist jedoch das genaue Gegenteil festzustellen. Wie überaus dürftig und wissenschaftlich unhaltbar diese Begründung der Regierungsvorlage ist, das zeigt die einmütige Ablehnung, die sie in den Kreisen der Wirtschaftswissenschaft gefunden hat. Der Direktor des Instituts für Volkswirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat Harns, hat bei seiner Vernehmung vor dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Meinung darüber klar und hart in dem Satz zusammengefaßt:

„Wissenschaftlich ist diese Vorlage Makulatur“

und Professor Bedmann, der Vertreter der Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn, sagte von dieser Begründung, daß sie miserabel ist und daß sie verdient, daß der Zoll durchfällt.

Wir stehen also vor dem Schauspiel, daß das deutsche Volk in einer der wichtigsten Schicksalsfragen, von der die ganze künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens abhängt, in eine Entscheidung hineingeworfen werden soll, ohne daß man den gesetzgebenden Körperschaften genügend Zeit zur gründlichen Prüfung läßt, und noch dazu zu einer Entscheidung, die von den Vertretern der Wissenschaft fast übereinstimmend als völlig unsinnig und den Interessen der deutschen Wirtschaft direkt zuwiderlaufend bezeichnet wird. Die warnenden Stimmen der Wissenschaft drohen ungehört zu verhallen. Die Reichsregierung und vor allem der Reichsernährungsminister, Herr Graf Lanitz, scheinen vor ihnen keinen allzu großen Respekt zu haben. So besteht die allergrößte Gefahr, daß das deutsche Volk trotz aller Warnungen in einen Abgrund hineintaucht, daß es sich selbst den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg verbaut und daß vor allem den Massen der Verbraucher uner-

trägliche Lasten auferlegt werden, um wenigen Begüterten die Taschen zu füllen, wenn sich nicht noch in letzter Stunde eine entschlossene Macht findet, die sich diesem Treiben entgegenstellt. Nach der ganzen Lage der Dinge ist zu dieser historischen Aufgabe, die, wenn sie gelingt, später einmal als die wirtschaftliche Rettung Deutschlands bezeichnet werden wird, nur eine Klasse berufen und imstande: die organisierte Arbeiterchaft und die organisierten Massen der Verbraucher. Sie müssen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Angelegenheit nicht über das Knie gebrochen wird, und daß die von der Regierung immer wieder sabotierte gründliche Prüfung und eingehende öffentliche Diskussion jetzt endlich erfolgt. Sie müssen, wenn es nur tut, ihre Stimme so kräftig erheben und ihrer Empörung über

den beabsichtigten Anstieg weniger mächtiger Großproduzenten einen so machtvollen Ausdruck verleihen, daß sie nicht überhört werden können. Sie müssen vor allem das gesamte Volk und in erster Linie die arbeitenden Massen bis in den letzten Arbeiterhaushalt hinein unermüdlich auflären. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau muß begreifen können, daß es sich um ihre allerpersönlichsten Angelegenheiten handelt, die hier beraten werden, und daß sie es sehr bald auf das allerhandgreiflichste am eigenen Leibe und im eigenen Haushalt verspüren werden, wenn sie es jetzt zulassen, daß man über ihren Kopf hinweg die wirtschaftlichen Angelegenheiten nur nach dem Willen des Großkapitals in Industrie und Landwirtschaft entscheidet. Welche ungeheuren Werte hier in Frage stehen, wie groß die Summen sind, die die Zollinteressenten bei dieser Gelegenheit zu verdienen gedenken und wie erdrückend die Belastung ist, die dabei auf den einzelnen Haushalt entfällt, dafür seien hier einige Zahlen angeführt. Allein die Agrarzölle, die Zölle auf Getreide und Viehprodukte brachten nach sorgfältigen wissenschaftlichen Berechnungen vor dem Kriege der Landwirtschaft einen Sondergewinn von 1½ Milliarden Mark jährlich. Die Belastung des einzelnen Arbeiterhaushaltes schwankt natürlich je nach der Zahl der Familienangehörigen und je nach dem Einkommen. Und gerade das ist ja das Unsoziale an dieser Belastung, daß sie um so schwerer wird, je ärmer die Familie und je geringer ihr Einkommen ist. Denn gerade die Familie mit dem niedrigsten Einkommen muß den größten Teil ihrer Gesamtausgaben auf die unentbehrlichsten Lebensmittel verwenden. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit dürfte damit zu rechnen sein, daß die geplanten Lebensmittelszölle den Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit etwa 150 Mk. jährlich belasten werden, einer Extraausgabe, die natürlich an anderen Ausgaben, und wenn sie noch so nötig sind, gewaltig erspart werden muß. Daß für die Arbeiterchaft keinerlei Aussicht besteht, diese Sonderbelastung durch Lohnverbesserung abzuwälzen, dafür dürfte durch die Ergebnisse aller Lohnverhandlungen in der letzten Zeit der deutlichste Beweis geliefert worden sein.

An die Zahlstellenverwaltungen.

Für die Wahl von Delegierten zur Generalversammlung gilt die dieser Bekanntmachung nachstehende **Wahlgruppen-Einteilung**. Die Zusammenstellung der Wahlgruppen ist nach dem Mitgliederbestande der Zahlstellen von Ende April ds. Js. erfolgt. Bei Zahlstellen, von denen für April Mitgliederangaben nicht vorlagen, sind die zuletzt eingegangenen Zahlen von Vormonaten verwendet. Für neugegründete Zahlstellen ist eine abgeschätzte Mitgliederzahl eingesetzt.

Die Zahlstellenverwaltungen wollen unverzüglich die erforderlichen Vorbereitungen zur Wahl der Delegierten in Angriff nehmen. Auf welche Weise den Mitgliedern bzw. verschiedenen Orten einer Zahlstelle die Möglichkeit gegeben werden kann, Vorschläge zu Kandidaturen zu machen und bei der endgültigen Aufstellung gemeinsamer Kandidaten der Zahlstelle mitzuwirken, darüber muß jede Zahlstellenverwaltung je nach Größe und Zusammensetzung der Zahlstelle bestimmen. Die Aufstellung der Kandidaten muß in allen Zahlstellen spätestens am 21. Juli erfolgt sein. Spätere Aufstellung ist ungültig. Kandidaten müssen mindestens drei Jahre Mitglied unseres Verbandes sein.

Sofort nach Aufstellung der Kandidaturen müssen die Verwaltungen der Zahlstellen, die nicht einen selbständigen Wahlbezirk bilden, **Vor- und Zunamen und Beruf** des oder der Kandidaten oder Kandidatinnen an die Adresse des durch fetten Druck in der Wahlgruppeneinstellung hervorgehobenen Wahlvorortes mitteilen, so daß die Meldung **spätestens am 26. Juli** daselbst eingeht. Spätere Meldungen sind ungültig.

Die dem Wahlvorort bis 26. Juli gemeldeten Kandidaten bzw. Kandidatinnen hat die Leitung des Wahlvorortes **schleunigst** an sämtliche in der betr. Wahlgruppe angegebenen Adressen mitzuteilen, so daß sie **spätestens am 31. Juli** bei denselben eingeht. Spätere Eingänge sind ungültig.

Die Wahl der Delegierten muß dann überall in den Tagen vom **31. Juli bis spätestens 11. August** erfolgen.

Jede Zahlstellenverwaltung hat für ihren Bereich den Wahlort (für große Zahlstellen evtl. mehrere Wahlorte), Wahllokal bzw. Wahllokale und für jeden Wahlort, wenn auch evtl. unterschiedlich, auf nur einen der zulässigen Tage bestimmte zusammenhängende Wahlstunden festzusetzen. In Arbeitsräumen dürfen Wahlen nicht stattfinden.

Für jedes Wahllokal ist eine **Wahlkommission** zu bilden aus mindestens drei, erforderlichen Falles mehr Personen, von denen in jedem Falle eine ein Mitglied der Zahlstellenverwaltung sein muß, das auch den Vorsitz der Kommission zu übernehmen hat. Die anderen Mitglieder der Kommission, falls sie nicht auch von der Zahlstellenverwaltung gestellt oder von ihr vorher ernannt werden können, ernannt oder bestätigt auf Vorschlag der Kommissionsvorsitzende aus der Reihe der im Wahllokal zuerst anwesenden Wähler.

Der Kommissionsvorsitzende hat vor Beginn der Abstimmung die Wahlhandlung für eröffnet, am Schlusse der Wahlzeit das Wahllokal für geschlossen zu erklären. Nachdem ist der Zutritt neuer Wähler nicht mehr gestattet, nur bereits anwesende dürfen noch wählen.

Wählen dürfen nur Mitglieder, die sich selbst im Wahllokal einfinden, durch Mitgliedsbuch als Mitglieder der Zahlstelle ausweisen und nicht länger als 6 Wochen mit den Verbandsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Wahlen müssen durch **Stimmzettel** erfolgen. Jeder erschienene zur Wahl Berechtigte darf nur einen, wenn mehrere Delegierte zu wählen sind, für diese gemeinsamen Stimmzettel abgeben. Vorgefertigte Stimmzettel dürfen durch Streichung und Hinzufügung von Namen abgeändert sein. Stimmzettel, die mehr ungestrichene Namen enthalten, als Delegierte von der Wahlgruppe zu wählen sind, desgleichen solche, die unnötige Bemerkungen enthalten, sind ungültig, solche mit weniger Namen gültig. Weiße Zettel gelten als Stimmenthaltung.

Jeder Wähler, der seinen Stimmzettel abgibt, ist von der Wahlkommission mit Mitgliedsnummer, Vor- und Zunamen in eine Liste einzutragen. In sein Mitgliedsbuch ist ihm nach einer von der Zahlstellenverwaltung allgemein herauszugebenden Anordnung durch Stempel oder sonstige Kennzeichnung zu vermerken, daß er von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat.

Ueber Beginn, Verlauf und Schluß der Wahlhandlung und das Resultat der Wahl ist ein kurzes Protokoll anzufertigen, das vom Kommissionsvorsitzenden dann verlesen und von ihm und mindestens noch einem Kommissionsmitgliede unterzeichnet werden muß. Das Wahleresultat ist außerdem in ein von der Zahlstellenverwaltung geliefertes Formular einzutragen und ebenso zu unterzeichnen wie das Protokoll.

Formular, Protokoll, Abstimmungsliste und Stimmzettel sind dann **schleunigst** dem Zahlstellenkassierer zuzustellen, der dieses Beweismaterial für den Fall eines Wahlprotestes bei sich aufbewahrt bis nach der Generalversammlung.

Die Zahlstellenverwaltung muß sämtliche Wahlergebnisse ohne Verzögerung zusammenstellen und das Gesamteresultat auf einem vom Verbandsvorstand zu liefernden Formular dann sofort an den Verbandsvorsitzenden Wollmann einreichen. Wahlergebnisse, die nicht bis zum 16. August bei demselben eingeht, sind ungültig.

Die Zusammenstellung aller Wahlergebnisse findet durch den Vorstand, die Prüfung der Zusammenstellung durch die Verbandsrevisoren statt. Die Zusammenstellung wird dann in der „Amelie“ veröffentlicht.

Die Mandate der gewählten Delegierten werden vom Vorstand ausgestellt und an die Zahlstellen, welchen die Delegierten angehören, zwecks Unterschrift der Verwaltung gesandt.

Ueber notwendig werdende **Stichwahlen** geht den daran beteiligten Zahlstellen das Erforderliche vom Verbandsbureau direkt zu.

Der Verbandsvorstand.

Gruppen-Einteilung

für die Delegierten-Wahlen zur ordentlichen General-Verammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die fettgedruckten Orte sind die Wahlorte.

Nummer der Wahlgruppe	Zahl der Delegierten	Zusammen	Mitgliederzahl	Abgeordnete
1	1	1	1	1
2	1	1	1	1
3	1	1	1	1
4	1	1	1	1
5	1	1	1	1
6	1	1	1	1
7	1	1	1	1
8	1	1	1	1
9	1	1	1	1
10	1	1	1	1
11	1	1	1	1
12	1	1	1	1
13	1	1	1	1
14	1	1	1	1
15	1	1	1	1
16	1	1	1	1
17	1	1	1	1
18	1	1	1	1
19	1	1	1	1
20	1	1	1	1
21	1	1	1	1
22	1	1	1	1
23	1	1	1	1
24	1	1	1	1
25	1	1	1	1
26	1	1	1	1
27	1	1	1	1
28	1	1	1	1
29	1	1	1	1
30	1	1	1	1
31	1	1	1	1
32	1	1	1	1
33	1	1	1	1
34	1	1	1	1
35	1	1	1	1
36	1	1	1	1
37	1	1	1	1
38	1	1	1	1
39	1	1	1	1
40	1	1	1	1
41	1	1	1	1
42	1	1	1	1
43	1	1	1	1
44	1	1	1	1
45	1	1	1	1
46	1	1	1	1
47	1	1	1	1
48	1	1	1	1
49	1	1	1	1
50	1	1	1	1
51	1	1	1	1
52	1	1	1	1
53	1	1	1	1
54	1	1	1	1
55	1	1	1	1
56	1	1	1	1
57	1	1	1	1
58	1	1	1	1
59	1	1	1	1
60	1	1	1	1
61	1	1	1	1
62	1	1	1	1
63	1	1	1	1
64	1	1	1	1
65	1	1	1	1
66	1	1	1	1
67	1	1	1	1
68	1	1	1	1
69	1	1	1	1
70	1	1	1	1
71	1	1	1	1
72	1	1	1	1
73	1	1	1	1
74	1	1	1	1
75	1	1	1	1
76	1	1	1	1
77	1	1	1	1
78	1	1	1	1
79	1	1	1	1
80	1	1	1	1
81	1	1	1	1
82	1	1	1	1
83	1	1	1	1
84	1	1	1	1
85	1	1	1	1
86	1	1	1	1
87	1	1	1	1
88	1	1	1	1
89	1	1	1	1
90	1	1	1	1
91	1	1	1	1
92	1	1	1	1
93	1	1	1	1
94	1	1	1	1
95	1	1	1	1
96	1	1	1	1
97	1	1	1	1
98	1	1	1	1
99	1	1	1	1
100	1	1	1	1

Die internationalen Eisenkartelle und die Arbeiterschaft.

Die monatelangen Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Eisenindustrie haben durch die am 19. Juni in Luxemburg geführten Verhandlungen zu einem vorläufigen Resultat geführt. Die Franzosen verlangten bekanntlich ein vollständiges Einfuhrverbot des in Lothringen gewonnenen Eisens, und eine ähnliche Regelung für das Saargebiet. Luxemburg, das früher zum deutschen und jetzt zum belgischen Zollgebiet gehört, verlangte ebenfalls eine Vorzugsstellung bei der Einfuhr nach dem deutschen Abzugsgebiet. Die deutsche Regierung hatte den belgischen Eisenindustriellen das Recht der Verhandlungen übertragen und bevor sich die Schwerindustrie die Verhandlungen übertrug, besaßen sie zu einigen Vermittlungen, kamen auch die allgemeinen Vertragsverhandlungen, die zwischen Regierung und Regierung um einen Handelsvertrag geführt wurden, nicht vorwärts. Nunmehr liegt das Ergebnis der Verhandlungen vor. Die Arbeiterschaft der beteiligten Länder hat alle Ursache, sich mit diesen Abmachungen zu befassen.

In der Frage der Einfuhr kam es zu folgenden Beschlüssen: Deutschland gewährt den genannten Ländern die Einfuhr von 1,7 Millionen Tonnen Eisen, und zwar insbesondere von Halbzeug und Fertigfabrikaten, zum halben Zollfuß. Lothringen ist an dieser Menge mit 800 000 Tonnen, das Saargebiet mit 600 000 Tonnen und Luxemburg mit 300 000 Tonnen beteiligt. Diese Eisen- und Stahlmengen kommen nicht etwa an den freien Markt, sondern werden von der Hüttenindustrie übernommen und von dieser vertrieben. Damit wird die Monopolstellung der deutschen Eisenindustrie um ein vielfaches verstärkt. Wäher hatte namentlich die süd-deutsche Industrie die Möglichkeit, billiges Eisen aus Lothringen und dem Saargebiet zu bekommen, dies wird natürlich in Zukunft aufhören. Die ganze Last der Zollverteuerung wird mit samt den Frachtaufschlägen auf der deutschen Fertigverarbeitenden Industrie liegen. So schlägt eine zwangsläufige Lage, aus den Veränderungen durch den Friedensvertrag geboren, allein zum Nutzen einer einzigen Industriegruppe aus. Die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung dieser starken Gruppe wird dadurch noch künstlich gesteigert.

Doch bedeuten diese Abmachungen erst den Anfang einer Entwicklung. Die gegenseitigen Abmachungen zwischen den Schlotbaronen hüben und drüben werden auch noch auf andere Gebiete übergreifen. Dies ergibt sich aus der Natur der Dinge von selbst. Eine dauernde Abnahme von 1,7 Millionen Tonnen Eisen der einen Gruppe von der anderen erfordert ein dauerndes Anfühlungsbleiben, öftere Verhandlungen und Besprechungen aller Art. Abmachungen über gegenseitige Zoll- und Ergänzungsleistungen werden folgen und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo man sich auch über die Produktion in ihrer ganzen Zielgestaltung einigen wird. Ein enges Bündnis der deutschen Eisenindustrie mit der west-deutschen Länder wird als letztes Resultat der Entwicklung zu verzeichnen sein.

Damit wird aber ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte eingeleitet. Jahrhundertlang wurde von der lateinischen und germanischen Rasse um die wirtschaftlichen Reichthümer an Rhein und Ruhr gekämpft. Den letzten Abschnitt dieses Kampfes, den Ruhrkrieg, haben wir noch alle in lebhafter Erinnerung. Es dürfte keinen deutschen Arbeiter geben, der nicht sehnsüftig wünschte, daß diese ewigen, von Strömen von Blut und Tränen begleiteten Kämpfe endlich einmal ein Ende nehmen; daß an deren Stelle gegenseitige Abmachungen, eventuelle Kartellgemeinschaften, ja eine enge Wirtschafts- und Schicksalsgemeinschaft tritt. Aller Hader dieser streitlustigen Welt würde international auf ein Minimum herabgedrückt, wenn die Völker Frankreichs und Deutschlands durch eine enge Schicksalsgemeinschaft wirtschaftlicher Art miteinander verbunden wären. Die Abmachungen in Luxemburg können der erste Schritt zu diesem Ziele sein. Waren doch die Kriegsheer und Imperialisten in erster Linie in den Reichen der Schwerindustrie zu finden. Wenn diese nun durch den Drang der Dinge zu einer Vereinbarung gelangen, dann kann dies begrüßt werden.

Anders verhält es sich natürlich mit der Art und Weise, wie diese Abmachungen zustande kamen und in Zukunft gehandhabt werden. Und das sind die schwersten Bedenken am Platze. Standen doch sogar die Regierungen der an dem Abkommen beteiligten Länder vollständig abseits, sie hatten freiwillig ihre Macht an die Schwerindustrie abgegeben. Gar nicht zu reden von der Arbeiterschaft, die gar keinen Einfluß auf die Dinge ausüben vermochte. Es kann natürlich nicht angedacht werden, daß dieser große Faktor der Wirtschaft bei jeder Entscheidung der Wirtschaft einfach über sich ergehen lassen muß. Wenn irgendwo ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft gefordert werden muß, dann hier. Doch fallen solche Rechte nicht vom Himmel, sie müssen erkämpft werden. Wenn die Arbeiterschaft schon im Lande als gewerkschaftliche Großmacht sich gegenüber den Unternehmern nicht durchzusetzen vermag, dann noch viel weniger als internationaler Machtfaktor. Enge internationale Gewerkschaftsorganisationen sind hier Vorbedingung. Deshalb muß das Band zwischen der deutschen Arbeiterschaft und den Brüdern jenseits der westlichen Landesgrenzen ein inniges werden. Die Zukunft der Völker erfordert es, sie sind auf Geheiß und Verbot durch wirtschaftliche Abmachungen miteinander verbunden.

Neben den soeben geschilderten Kartellbestrebungen der Schwerindustrie der Rheinwerferstaaten laufen noch andere, nicht minder wichtige einher. In Paris und London wird seit Wochen um das Zustandekommen eines internationalen Schienenkartells verhandelt. Vor dem Kriege bestand bereits ein solches Syndikat, das 1905 mit dem Siege in Brüssel errichtet wurde. Ihm gehörten die deutschen, französischen, englischen, belgischen, amerikanischen, spanischen, österreichischen und russischen Werke an. Der Schienenmarkt der ganzen Welt war zwischen den Ländern aufgeteilt. So hatte Deutschland z. B. eine Beteiligung an der Weltverpachtung von 20 Proz. Zwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. In allen Ländern ist infolge des Krieges eine Ausdehnung der Eisenindustrie erfolgt. Außerdem sind Länder, wie Rußland, ausgeschlossen und andere, wie die Tschechoslowakei, Kanada u. a. hinzugekommen. Die Abmachungen gestalten sich deshalb wesentlich schwieriger. Und doch sollen die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen, so daß recht bald mit dem Abschluß eines Vertrages gerechnet wird. Amerika nahm an den Verhandlungen nicht direkt, sondern indirekt teil. Es dürfte, falls ein Schienensyndikat nach dem alten Muster zustande kommt, nicht beiseite stehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß Vertreter einer so wichtigen Industrie tagelang zusammenkommen, dann wird nicht nur über ein Schienensyndikat geredet. Ein Zusammenschluß auf allen Gebieten ist das Ziel.

Wir werden hier vor wichtigen Überraschungen stehen. Deshalb gilt es für alle Fälle gerufen zu sein. Die Arbeiterschaft muß heraus aus der Enge der nationalen Grenzen, sie muß geistig und organisatorisch in die höheren Gebiete der Weltwirtschaft hineinwachsen. Dazu gehören starke Gewerkschaften, kluge Taktik und Intelligenz. Verschaffen wir uns also diese Voraussetzungen.

Keinerlei Einsicht vorhanden.

Ein den Wirtschaftskrieg führenden Schiedsbruch.

Die Lohnverhandlungen in Weimar brachten bekanntlich kein Ergebnis. Die Arbeitgeber riefen daraufhin das Reichsarbeitsministerium an, aber nicht etwa zur Schlichtung der Lohnfrage, sondern zur Regelung eines neuen Ueberzeitabkommens. Die Lohnfrage war ihnen Nebensache. Auch in den Betrieben machten sie keine Rückschlüsse. Wenn nicht das Reichsarbeitsministerium von sich aus die Regelung der Lohnfrage aufgegriffen hätte, wären Verhandlungen nicht zustande gekommen.

Auf Ladung des Reichsarbeitsministeriums kamen die Parteien zur Erledigung beider Fragenkomplexe am Montag, den 29. Juni, zusammen und das Ergebnis war folgender Schiedsbruch:

Berlin, den 29. Juni 1925.

In dem Lohn- und Arbeitszeitstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen Feinmechanischen Industrie, Berlin, und dem Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen und den anderen am Vertrag beteiligten Arbeitnehmerverbänden hat die Schlichtungskammer, die der auf Grund des Art. 1 § 2 Abs. 1 Satz 2 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 vom Reichsarbeitsministerium bestellte Schlichter gebildet hat, in der Sitzung vom 29. Juni 1925 im Reichsarbeitsministerium, an der teilgenommen haben: 1. Herr Oberregierungsrat Albrecht, Berlin — als Schlichter. 2. Herr Syndikus Dr. Birge, Selb. 3. Herr Syndikus Dr. Hoff, Rudolstadt. 4. Herr Fabrikbes. M. Henrich, Lichte, — als Arbeitgebervertreter. 5. Herr Gew.-Ang. Karl, Charlottenburg. 6. Herr Gauleiter Weissbach, Dresden. 7. Herr Gew.-Beamt. Fromm, Berlin, — als Arbeitnehmervertreter folgenden Schiedsbruch gefällt:

- A. 1. Mit Wirkung vom 29. Juni 1925 erhöhen sich die gem. Schiedsbruch vom 13. März 1925 festgesetzten Lohnsätze der Lohnstufen A und B in Groß-Berlin und Ost-Berlin A um 9 Proz., in den Distrikten B und C um 7 Proz.
2. Soweit gem. Riffer 2 des Schiedsbruches vom 13. März 1925 die Mollage einzelner Betriebe festgelegt wurde, bleibt es für die Laufdauer dieses Lohnabkommens bei der bisherigen Regelung.
3. Die Mehr- und Uebernachzahlungsbeträge von 3-6 Stunden . . . 2-4 Mt. über 6 Stunden . . . 3-5 " für Uebernachzahlung . . . 5-10 "
4. Die Nachprüfungsmaßnahme für Orte des besetzten Gebietes bleibt bestehen im Rahmen der bisherigen Verpflichtungen.
5. Vorstehende Lohnregelung kann mit 14tägiger Frist, erstmalig zum 31. Dezember 1925 gekündigt werden. Wird die Kündigung nicht ausgesprochen, läuft das Lohnabkommen jeweils 14 Tage weiter.
- B. Die durch den Schiedsbruch vom 28. Januar 1925 getroffene Regelung der Mehrarbeit bleibt bis zum Ablauf der Lohnregelung bestehen.
- C. Die Teile A und B des Schiedsbruches haben als getrennte Vorschläge zu gelten, d. h. sie können unabhängig voneinander angenommen oder abgelehnt werden.

Erklärungsfrist bis Mittwoch, den 8. Juli 1925.

Dr. Albrecht,

Oberregierungsrat.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Unternehmer machten trotz aller Versprechungen in den Betrieben keinerlei Zugeständnis bei den Verhandlungen. Unsere Kollegenschaft erhebt daraus, was sie von Unternehmerversprechungen zu halten hat.

Dem Schlichter war es deshalb nicht möglich, einen halbwegs erträglichen Ausgleich zu finden und damit zur Erhaltung des Wirtschaftskrieges beizutragen.

Für die Arbeiterschaft ist es ausgeschlossen, unter einem beratigen Lohnvertrag noch sechs Monate zu schmachten, und dies bei dem erheblichen Anstieg aller Lebensmittelpreise und bei der kommenden Erhöhung der Mieten. Es wird nun kein anderer Weg übrig bleiben, als in den Betrieben die noch im Tarifvertrag bestehenden Möglichkeiten zur Lohnregelung auszunutzen, wenn die Werke nicht Schaden nehmen sollen. Der bestehende Tarifvertrag bietet noch genug Wege, den Arbeitern und Arbeiterinnen Entgegenkommen zu zeigen, wenn der Wille vorhanden ist. Das ist der Kernpunkt.

Mindestlöhne sind keine Normallöhne und ein Arbeitgebervertreter hat bei den Verhandlungen indirekt, aber doch sehr deutlich zu erkennen gegeben: Nacharbeiter wären sehr bummig, wenn sie unter den heutigen Verhältnissen ihre Arbeitskraft noch zu Löhnen, wie sie in der Volkswirtschaft allgemein niedergelegt sind, verkaufen würden. Wenn schon ein Arbeitgebervertreter sinngemäß mit aller Deutlichkeit diese Haltung einnimmt, so müssen die Nacharbeiter, die heute noch um die Sähe der Arbeitskraft tätig sein sollten, daraus endlich die Lehre ziehen, daß sie ihre Stückpreise hinaufdrücken müssen. Damit können sie das, was ihnen ein Reichstaxivertrag nicht zu bringen vermag, herausholen, ohne daß Tarifverträge damit verbunden sind.

Eigentlich ist es töricht, daß die Unternehmer die, wie sie behaupten, höheren Löhne nicht in der Lohnstufen erscheinen lassen wollen. Wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben, hat unsere Kollegenschaft die Pflicht, sich in anderer Weise zu helfen und zwar so, daß ein tatsächlicher Ausgleich zwischen den Lebensverhältnissen und dem Einkommen herbeigeführt wird.

Bezüglich Annahme oder Ablehnung des Schiedsbruches wird der Vorstand bis zur Erklärungsfrist noch entscheiden. Jedenfalls steht fest: Mit derartigen Abmachungen ist die Industrie niemals vor Erschütterungen geschützt und die Wahrung des Wirtschaftskrieges ist eitel Trug.

Darüber müssen sich die Staatsstellen und auch die verantwortlichen Kreise der Wirtschaft klar sein.

Aus unserem Verne.

Von am Rhein. Am 20. Juni 1925 konnte unser Kollege Hermann Löhrer seinen 55. Geburtstag begehen. Deralligen Glückwunsch! Und daß es ihm noch recht oft vergönnt sein möge, dieses Wiegenfest zu begehen, ist der Wunsch aller Mitglieder, die diesen alten Kämpfer kennen. — Mit dem Kollegen Löhrer ist ein gut Teil Bonner Gewerkschafts- und Parteibewegung verbunden. Der 1. Juli 1925 bedeutet für ihn in dreifacher Beziehung einen Tag der Erinnerung. 35 Jahre gewerkschaftliche Tätigkeit und Pflichterfüllung weist sein Lebensbuch aus. 35 Jahre lang hat er der Firma Ludwig Wessel, A.-G., in Pöppelsdorf seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt und tut es noch, der Dank der Firma liegt oft zu wünschen übrig. Endlich sind es 25 Jahre am 1. Juli 1925, daß Kollege Löhrer seine jetzt noch innehabende Wohnung, Sternburgstraße 51, bezog. Wir wollen mit dem Kollegen Löhrer einen Rückblick tun und erfahren, wie es in der „guten, alten Zeit“ für den Gewerkschafter bestellt war. Am 1. Juli 1890 betrat Kollege Löhrer den Bonner Boden und die Malerei der Firma L. Wessel in Pöppelsdorf. Schon damals hatte er das Mitgliedsbuch des Malerpersonals der Firma C. M. Gutschmidt, Hohenberg, in der Tasche. In Bonn trat er sofort in den Rheinisch-Westfälischen Malerverband, Sitz Düsseldorf, über. 1891 vereinigte sich dieser Verband mit dem Thüringischen Malerverband, Sitz Sittenstein. Im Jahre 1892 erfolgte die Verschmelzung mit dem Deutschen Malerverband, Sitz Wiesbaden, der von unserem geschätzten Kollegen Wollmann als

Vorsitzender geleitet wurde. Endlich am 1. Januar 1903 wurde unser stolzer Porzellanarbeiter-Verband aus der Taufe gehoben. Hervorgehoben muß werden, daß Kollege Löhrer mit seinem Eintritt in die Gewerkschaft, von 1890 bis zu seiner Einberufung zum Militär 1917, also 27 lange Jahre, die Kasseriergeschäfte mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit, allen Schwierigkeiten und Verfolgungen zum Trotz, geführt hat. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 setzte seitens der Behörden und Gesellschaft in Bonn eine Verfolgung der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ein. Die neugegründete Porzellanarbeiter-Zahlstelle hatte es diesen Herrschaften besonders angetan. Sie zählte mit Ausnahme des Kollegen Löhrer und einiger schon verstorbenen Kollegen nur fremd zugezogene Kollegen zu seinen Mitgliedern. Die Fremden wurden in Bonn als „Rad“ bezeichnet. Von den Ranzeln wurde gegen die „Raden“ gewallt, die Polizei verlangte regelmäßig die Mitgliederlisten. In den Bonner Betrieben war die Organisation verboten. Wer als Verbandsmitglied bekannt wurde, flog auf die Straße. Kollege Löhrer galt als das Haupt der Gewerkschafts- und Parteibewegung in Bonn. Weil er seiner Ueberzeugung und der Sache treu blieb, wurde er dreimal gefänglich, einmal 5 Monate entlassen. Seiner Arbeitskraft und seinem geschickten Handeln hat er es zu verdanken, daß er nicht, wie viele andere Kämpfer seiner Zeit, auf die „schwarze Liste“ kam und von Ort zu Ort hat ziehen müssen, überall vergeblich nach Arbeit anfragend, nur weil sie „organisiert“ waren. Besonders schwierig war es damals, Versammlungen abzuhalten. Es gab kein Lokal in Bonn, in dem Löhrer nicht mit der Gefahr der Verhaftung verunglückt wäre. In aller Heimlichkeit wurde die Versammlung abgehalten. Einzelne erschienen die Kollegen im Lokal, so tönend, als ob man sich zufällig traf. Waren die Kollegen zusammen, so erschien manchmal die heimlich benachrichtigte Polizei und hob die Versammlung auf. Die Verfolgung führte dann schließlich dazu, daß die Kollegen ihre Versammlungen nur noch im Walde abhalten konnten. Wir wollen nicht davon reden, welchen Schikanen damals die Mitglieder seitens der Unternehmer und von ihren eigenen Arbeitskollegen ausgesetzt waren nur wegen ihrer Treue und Ueberzeugung. Der Glaube an den gerechten Sieg der Sache; das Ziel, die Not der arbeitenden Bevölkerung zu lindern, gab auch unserem Kollegen Löhrer die Kraft, durchzuhalten trotz aller Verfolgung und Not. So, wie er seine Gewerkschaft verteidigt hat, trat er auch für die Partei ein, immer an der Spitze, wo es galt der Sache zu dienen. Wahrlich, der Porzellanarbeiter-Verband, besonders die Zahlstelle Bonn und die Partei in Bonn, kann stolz sein auf ihren alten Kämpfer Löhrer. Die Revolution brachte der Arbeiterschaft die Koalitionsfreiheit, Tausende Kolonnen der Gewerkschaften zu. Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden geführt, viel ist erreicht worden gegenüber den früheren Verhältnissen. Leider waren die Erfolge der Gewerkschaft für die Mitglieder nicht immer greifbar. Politische Wirren, die die Wirtschaft von einer Krise zur anderen führten, man denke an die Zeit der Inflation, trübte den Erfolg, leider aber auch den klaren Blick der Mitglieder für den Wert der Gewerkschaft. Der Ruhrkampf brachte auch die Bonner Arbeiterschaft auf die Straße. Die Besetzung einerseits, die ungenügende Betreuung des Staates andererseits, Verfolgung der Gewerkschaftsführer und Funktionäre, rückständige Ausnutzung der Not durch Unternehmer zerrissen den Zusammenhalt der Gewerkschaften. Am Ende des Ruhrkampfes und der Inflation galt es in Bonn, auf dem Trümmerhaufen die Gewerkschaft neu aufzubauen. Dann vieler Getreuen gelang es uns Schritt für Schritt, das Verlorene wieder zu gewinnen. Kollegen und Kolleginnen, mehr denn je tut es not, die Arbeiterschaft zusammenzuschließen in der Zahlstelle und im Verband. Mit der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ist für die Unternehmer das Signal zum Kampf gegen die Gewerkschaften. Jede Verwundung der Gewerkschaft trifft dich, jede Verschlechterung im Lohn- und Arbeitsverhältnis bringt neue Not über dich und deine Familie. Darum rufe und trete ein in die Front zur Gegenwehr. Laß dich nicht irre machen an den Sieg der Gewerkschaft, werde nicht verzagt und gleichgültig, wenn bei einer Lohnverhandlung keine Erhöhung deines Lohnes erreicht wird. Denke daran, daß die Unternehmer dir alles nehmen wollen. Dein Verband kämpft um das, was du hast. Du behältst es, wenn alle sich eingiebeln. Neuer Mut und Kampfeswille soll dich erfüllen. Laß dir als Vorbild den bewährten Kollegen Löhrer dienen. Die Alten haben für dich gekämpft und erreicht, daß du wegen deiner gewerkschaftlichen Tätigkeit keine Verfolgung und Not auf dich zu nehmen brauchst, frei und offen darfst du in allen Versammlungen erscheinen und das Wort nehmen. Du brauchst nur zu wollen, keiner wird dich hindern. Laß dich nicht beschämen durch die „Alten“, in es ihnen nach und denke immer an die überzeugenden Worte eines Vorkämpfers:

Mann der Arbeit, aufgewacht

und erkenne deine Macht!

Alle Kader stehen still,

wenn dein starker Arm es will!

Treue um Treue!

D. Dinde.

Freiberg. Kollegen, die in Freiberg/S. in Arbeit treten wollen, werden im eigenen Interesse ersucht, sich erst bei der Verwaltung über die bestehenden Verhältnisse zu erkundigen.

Marktreuth. Kollegen, die bei der Firma Jäger & Co. um Arbeit nachsuchen, möchten sich zuerst bei der hiesigen Zahlstelle oder Gauleitung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in diesem Betrieb erkundigen.

Belien-Vordamm. In der Steingutfabrik Belien-Vordamm in Belien und in Vordamm sind Differenzen ausgebrochen. Vor Zugang wird gewarnt! Erkundigungen sind bei der Zahlstellen-Verwaltung einzuziehen.

Wesel. Die Kollegen der Gießerei der Firma Kramay stehen seit dem 29. 6. im Streik. Zugang nach Wesel fernhalten!

Jubiläum. Waldburg und Umgegend. Am 2. Juli beging unser Kollege Joh. Ropatsch, Formgießer, sein 25jähriges Mitgliedsjubiläum.

Die Zahlstelle gratuliert ihm an dieser Stelle nochmals herzlich und wünscht ihm, daß er noch lange in unserer Mitte weilen möge.

Die Verwaltung der Zahlstelle Waldburg und Umgegend.

Versammlungsberichte.

Hermesdorf. Aus der Betriebsversammlung der Porzellanfabrik. Am 19. Juni fand eine Betriebsversammlung statt, in welcher Kollege Frenkel über die stattgefundenen Lohnverhandlungen referierte. In einem weitläufigen Rückblick stellte Kollege Frenkel fest, daß die Porzellanindustrie im Lohnniveau am weitesten unten steht. Der Stundenlohn beträgt für einen mehr als 24jährigen Arbeiter, wenn er drei Monate im Betrieb beschäftigt ist, lediglich 49 Pf. Ein Lohn, wie man ihn keinem anderen Arbeiter anbietet. Alle anderen Betriebe haben höhere Löhne, und es ist kein Wunder, wenn die Porzellaner sich Arbeit in anderen Betrieben zu verschaffen versuchen. Aber trotz dieses erbärmlichen Lohnes scheint auch der Schlichter nicht das notwendige Verständnis für die außerordentlich schlimme Lage der Porzellaner aufzubringen. In der Ansprache wurde das Verhalten des Arbeitgeberverbandes einer berechtigten Kritik unterzogen. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß der Schlichter wiederum aus Thüringen, aus jenem „Ordnungs-“

Thüringen war, wo die Arbeitslosen wie das liebe Vieh nach dem Stallgebiet abtransportiert werden sollen. Die politische Verwandtschaft des Herrn Dr. Richter, der in den Vorverhandlungen im Arbeitgeberlager seine Leuchte wahrscheinlich nicht unter dem Scheffel gestellt haben wird, mit dem Ordnungsministerium, dem er ja als Staatsrat angehört, mag beeinflussend gewesen sein. Viele Kollegen und Kolleginnen, die sich kaum noch ein Stückchen trockenes Brot kaufen können, hatten diesmal erwartet, daß bei diesen Verhandlungen etwas heraus springt. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Verhandlungskommission das Menschenmögliche getan hat, den Wünschen der Kollegenschaft gerecht zu werden. Der Starrsinn der Arbeitgeber war stärker. Ihn heißt es zu brechen. Es bleibt der Kollegenschaft nichts anderes übrig, als zum Kampfe überzugehen. Kollegen! Kolleginnen! Die Gesellschaft des Herrn Dr. Richter, die Altiengegesellschaft, hat euch im Vorjahr rücksichtslos auf die Straße geworfen. Viele waren monatelang arbeitslos. Jetzt kämpft für euch! Wollt ihr das erbärmliche Leben, sich kaum satt essen zu können, noch weiter ertragen? Heraus zum Kampf! Die Porzellanfabrik sucht Leute. Sie findet keine. Die Kollegen, welche in anderen Betrieben untergekommen sind, verzichten auf das „Eldorado“. Macht euch Kampfbereit. Seid euch darüber klar, daß es ohne gewerkschaftliche Maßnahmen nicht mehr abgeht. Schließt die Reihen! In der weiteren Tagesordnung wurden Verbandsangelegenheiten behandelt. Die Extrabeiträge sind notwendig, um die große finanzielle Unterstützung zu finanzieren. Die Dänen haben den deutschen Gewerkschaften und besonders dem Porzellanarbeiterverband während der schwersten Inflationszeit geholfen. Jetzt sind wir an der Reihe, internationale Solidarität zu üben. Zum Schluß der Versammlung wurde noch kurz auf die Schulkollaktion der Großagrarier eingegangen. Den Arbeitern bietet man keinen einzigen Pfennig Lohnverhöhung an, trotzdem sie kaum noch das Leben zu fristen vermögen und die Großagrarier wollen die Lebensmittel eminent verteuern. Preissteigerungen sind schon seit einigen Wochen im Gange, um sich angeblich dem Schutzzoll anzupassen. In Wirklichkeit kommen mit den Höfen enorme Preissteigerungen. Immer schlechter wird die Lage der Arbeiter. Die Versammlung beschloß, nachstehende Protest-Resolution an den Reichstag zu senden:

Die Arbeiterkraft der Porzellanfabrik Hermendorf nimmt Stellung zu den geplanten Zollvorlagen. Die Versammelten protestieren auf das schärfste gegen die Schutzzollvorlage, welche das tägliche Brot ungemein verteuern wird. Von dem Schutzzoll hat nur die Großlandwirtschaft Vorteile, während man die Arbeiter zwingen will, mit den zurzeit bestehenden erbärmlichen Löhnen zu arbeiten. Die Arbeiterkraft der Porzellanfabrik erklärt, daß der geplante Raub auf die Taschen der Verbraucher untragbar ist. Gerade die Porzellanarbeiterkraft hat die erbärmlichsten Löhne in der Industrie, sie ist deshalb außerstande, auch nur einen Pfennig mehr für den Lebensunterhalt ausgeben zu können. Die Porzellanarbeiterkraft verlangt vom Reichstag, die Raubzollvorlage abzulehnen. Sie fordert, daß der Reichstag den Arbeiterfragen sein Interesse widmet. Sorgt der Reichstag unsere Notlage nicht, so ist er der Verantwortung für die Folgen, welche durch die Vertierung der Lebenshaltung entstehen.

Einstimmig wurde die Resolution von der Betriebsversammlung angenommen. Kollegen! Kolleginnen! Unsere Betriebsversammlung hat gezeigt, daß man uns auf den Stand menschlicher Gerechtigkeit bringen will. Die Mitglieder des Porzellanfabrikats kennen keine Grenzen. Mit guten Worten kommen wir nicht weiter. Wir sollen immer mehr verschleudert werden, immer mehr in den Abgrund der Not hineingeworfen werden. Stellt euch hinter den Verband, folgt den Anweisungen der Zeitung und wenn sie zum Kampfe ruft, dann auf zum Kampf, für euch und eure Familie!

Sophiental. Die Mitgliederversammlung vom 22. Juni war sehr gut besucht. Die geschiedenen Lohnunterverhandlungen kamen zur Sprache und wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Auf der einen Seite wurde das scharfe Vorgehen der Unternehmer bei den Lohnunterverhandlungen gebührend und die Ueberreise begünstigt der Ueberzeitarbeit abgelehnt. Auch unsere Arbeitnehmervertreter, die bei den Unterhandlungen zugegen waren, genossen nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterkraft, wie es sein soll, weil sie sich dem Unternehmer gegenüber so kleinlich zeigten und den Rückzug antraten. (Woher wissen dies denn die Sophientaler Waisenkinder?) Wollen sie nicht einmal ihr Recht verraten, wie es gemacht werden soll? (D. Red.) Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten kam auch der Ausschluss des Brell von Selbst zur Sprache. Folgende Resolution fand bei einer Stimmhaltung einstimmige Annahme: „Die heutige Zahlstellenversammlung der Porzellanarbeiter von Sophiental stellt dringend an den Hauptvorstand des Erbkens, daß die Kollegen Brell, Kreina und andere von Selbst, sowie Schlater-Berlin unzulässig in den Verband der Porzellanarbeiter wieder aufgenommen werden. Wenn die Einheit der Gewerkschaft nicht in Trümmern gehen sollte, wie uns die Verhältnisse in Selbst lehren, daß die Zahlstelle von 3500 Mitgliedern auf 600 zurückgegangen ist. Deito größer ist das Bedürfnis dafür vorhanden für ihre Wiederaufnahme. Die Gewerkschaftsgerichtsmuster haben nicht unter den Reichen der Mitglieder, sondern es wird vom Hauptvorstand manchmal ganz unkorrekt gegen solche Ausschlüsse gehandelt.“ (Die Sophientaler Kollegenschaft hätte nach meinem Dafürhalten wichtigere Angelegenheiten zu erledigen. Aber das ist ihre Sache. Wenn der Versammlung so ungenau und so verwirrt berichtet wurde, wie die Resolution ausgefallen ist, so ist es kein Wunder, daß sie so konfuse Zeug bei einer Stimmhaltung zustimmen konnte. Die Verhältnisse in Selbst lassen erkennen, daß Brell die Zahlstelle betriebsförmigere. Nach seinem Ausschluss erhobte sie sich wieder, und nun soll Brell wieder aufgenommen werden, damit er nochmal sein verberbliches Handwerk treiben könnte. Eine nette Vogli. Der Redakteur.)

Literarisches.

Der republikanische Staatsgedanke greift immer weiter um. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Staatsidee, die in der Weimarer Verfassung begründet ist, durch die Reichspräsidentenwahl Boden gewonnen und sich befestigt hat. Die Augenpolitik der ehemaligen feindlichen Staaten bestrebt sich, die Grundzüge der Wahl Hindenburgs Deutschland mit neuem Mißtrauen. Die vor der jetzigen Reichsregierung vertriebene Sozialpolitik kann uns keine Freunde gewinnen; sie muß das Wirtschaftsleben durch Vertierung der Industrieerzeugnisse und der Lebensmittel schwer treffen. Die vielen Wähler sind auch schon hier. Zweifel über die Wichtigkeit ihrer Stimmabgabe ausgelassen. Daß die republikanische Presse durch solche Vorgänge stärker beachtet wird und an Bedeutung gewinnt, ist nur natürlich. Es ist ja auch ihre Aufgabe, den deutschen Wählern nachzuweisen, daß sie aus vaterländischen Gründen falsch gewählt haben trotz aller Berehrung für den Generalstaatsmarschall. Am besten kann man den Aufklärung der republikanischen Presse z. B. in der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“ beobachten, die ihre Leserschaft nach der Wahl des Reichspräsidenten außerordentlich stark vermehrt hat. Bei der hervorragenden Ausgestaltung der Zeitung, die mit wertvollem Silbermaterial allwöchentlich anwächst und die für Belehrung und Bildung geradezu eine Fundgrube ist, ist solche Antwortentscheidung auch nicht weiter verwunderlich. Zahl und schließlich nimmt sie zu den brennenden Tagesfragen Stellung,

ohne in den gehässigen Ton der Oppositionspressen zu verfallen. Sie wirkt um die gesunde Vernunft, die glücklicherweise bei vielen Deutschen noch vorhanden ist. Den Frauen und der heranwachsenden Jugend gibt sie eine Fülle wertvollen Unterhaltungsmaterials. Sie macht die Leser nicht nur mit dem schönen deutschen Vaterland, sondern auch mit Land und Leuten der ganzen Welt bekannt. Die Aufsätze werden durch lebendige und künstlerische Bilder auf das Beste unterstützt, die im technisch vollkommensten Kupferdruck hergestellt werden. Sport, Mädel und Humor werden nicht vernachlässigt. In den letzten Nummern ist mit dem Abdruck eines Originalromans „Der Engel mit den Eisenschuhen“ aus der Feder des bedeutendsten dänischen Roman- und Erzählers der heutigen Zeit, Otto Ring, begonnen worden. Bei dem billigen Preis von 20 Pf. pro Nummer ist die weite Verbreitung der „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“ kein Wunder und es ist nur zu wünschen, daß sie noch recht viele Leser sich erwerben möge. Neu hinzutretenden Abonnenten wird der Anfang des Romans nachgeliefert. Bestellungen können bei jeder Postanstalt (Postzeitungsliste Seite 60) aufgegeben werden, aber auch durch jeden Ortsverein des Reichsbanners kann sie wesentlich bezogen werden. Die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ ist wert, in jeder Familie gelesen zu werden.

„Die Gemeinde“ behandelt die kommunalen Probleme im sozialistischen und neuzeitlichen Sinn und sollte von jedem gemeindepolitisch tätigen Arbeiter gelesen werden. Sie erscheint zweimal im Monat und kostet trotz reichhaltiger Ausstattung nur 60 Pf., das Heft demnach 30 Pf. Verlag: K. S. W. Dieh Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

„Die Frauenwelt“ ist eine wirklich gute, künstlerisch ausgestaltete Monatszeitschrift für jeden Arbeiterhaushalt. Sie erscheint in Ausgabe A und B zum Preise von 30 und 40 Pf. Bei der Ausgabe B ist ein Schnittmusterbogen beigelegt, der Arbeiterfrauen und -mädchen als brauchbares Hilfsmittel beim Kleidermachen dient. Das Lesen der „Frauenwelt“ ist für jung und alt ein Genuß und bietet reichlich Anregung und Aufklärung. Sie ist jeder bürgerlichen Modezeitschrift vorzuziehen. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und Postanstalt entgegen oder auch der Verlag K. S. W. Dieh Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Kulturwille. Monatliche Zeitschrift des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstituts Leipzig, Braustraße 17. Die neue Nummer dieser allgemein anerkannten Arbeiter-Bildungs-Zeitschrift trägt den Titel „Wanderlust“. Das Wandern wird von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet. Besondere Anregung werden unsere Wandergruppen durch die Artikel über Bauartigkeiten und Sitten der heimatischen Volkskunst bekommen. Weitere Artikel behandeln: „Die Wälder“, „Wie die Arbeiterjugend zum Wandern kam“, „Die Naturfreunde“, „Vom deutschen Jugendherbergswesen“, „Zum Wandern der Kinderfreunde“. Die Nummer umfaßt 24 Seiten und ist mit am ausgewählten Bildern reich illustriert. In der Abtheilung

Arbeiterbildung sind die Monatsprogramme des Reichsbanner-Ausschusses für die Bildungsarbeit und des Landesbildungs-Ausschusses für Sachsen veröffentlicht. Außerdem bezieht der Bericht über die sozialistische Ringtagung auf der Burg Hohenstein i. Sa. Wir haben an dieser Stelle schon öfter auf den „Kulturwille“ hingewiesen und unsern Genossen ein Abonnement empfohlen. Dasselbe kostet nur 2.40 Mk. jährlich (die einzelne Nummer 20 Pf.). Organisationen erhalten bei Sammelbestellungen Vergünstigungen.

Adressenänderungen.

Hamburg-Altona. Bors. Willi Schmidt, Maler, Altona, Adolfsstraße 81, 1; Raff. Karl Diebold, Maler, Altona, Gr. Mühlenstraße 311; Schrifft. Kurt Warlich, Maler, Hochstraße 411; Meißner: Max Kalmb, Maler, Hamburg, Mühlenstraße 49 III; Anni Strohmeyer, Druckerei, Altona, M. Mühlenstraße 127.

Versammlungs-Anzeigen.

Vonn a. Rhein. Die nächste Zahlstellenversammlung findet am Samstag, den 18. Juli 1925, nachmittags 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kölnstraße 17, statt. Die Versammlung im Juni ist ausfallen, da wir glauben, die Lohnverhandlungen seien bis zum Versammlungstag zum Abschluß gelangt, um dann den Mitgliedern einen Bericht geben zu können.

Die Geschäftsleitung.

Quittung.

Von der Zahlstelle Grünstadt erhielten wir nachträglich für unseren Kollegen Alex Eiler 2 Mk. Bereits quittiert 76 Mk., zusammen 78 Mk. Bauer, Georg, Kassierer, Walsbach.

† Sterbetafel †

Freiberg. Hermann Pfingstbeil, Maschinenm., geboren am 18. 9. 1874, gestorben an Magenkrebs. Organisiert seit 1920. Meuselwitz. Franz Renner, Bäcker, geboren am 2. 12. 1859, gestorben an Hirnarterienblutung und Lungenentzündung. Organisiert seit 1918. Neuhaldensleben. Heinrich Hilmecke, Bäcker, geboren am 12. 9. 1866, gestorben an Niersten. Organisiert seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!



Gold u. Silber
und alle in der Porzellan-
malerei vorkommenden Ab-
fälle laufen zu Tagespreisen
Otto & Hellmut Seifert, Gold-Schmelzanstalt, Zwickau i. Sa.
(27) Gegründet 1896

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt.
Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.
Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werdauserstr. 25. (168/27)

Officiere hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsziel von 1 bis 3 Monaten: Glatte glatte, schmällich bearbeitete prima Hymocra-Drehschwämme, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 M.-Mk.; größere u. mittlere volle prima Bengasi-Hymocra-Schwämme, das Stilo 80 bis 150 M.-Mk.; feinste größere u. mittlere prima Levantierschwämme; prima Levantier „Elefantens-oberen“; kleine glatte und glatte prima Levantierschwämme, per 100 Stück 20, 30 und 40 M.-Mk.; feinstgroße weiche prima Reifschwämme (auch für Druckerei und Glasur geeignet), das Stilo, 75 Stück entfallend, 90 M.-Mk. Auf Wunsch auch Ansichtsendungen, von welchen nicht konvenierende Positionen innerhalb 1 Woche zurücknehmen. H. Wiedersloh, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Preussenerstr. 42.

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.
Goldscheideanstalt / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Bestes Einkaufsgeschäft dieser Art (213/27)

Goldabfälle jeder Art (178/27)
wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Flaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Stanggold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.
H. Farabassow, Goldschmelzgeschäft, Witten i. Sachsen.

Arbeitsmarkt.
1 bis 2 tüchtige, ledige Maler (292)
speziell für Anstrichmaler, stellt sofort ein
Gustav Kellner, Kleiderfabrik, Schleieringen i. Thür.

Erfahrener Gießer, mit allen vorkommenden Arbeiten der Gießerei bestens vertraut, der zielbewußt und umsichtig ein Personal zu leiten vermag, ungekultes Personal geschult und besten anlernen kann, sucht Stellung als Gießereileiter; auch Ausland nicht ausgeschlossen. Angebote unter „F. 113“ beifügt „Die Ameise“.

Großgießereibetrieb, mit allen vorkommenden Arbeiten der Dreherei bestens vertraut, in der Gießerei tätig gewesen, das Schablonenfeilen versteht, ungekultes Personal anzulernen, sowie ein Personal umsichtig und geschickt zu leiten versteht, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung zur Aufsicht der Dreherei, auch Gießerei zu übernehmen. Suchender ist verheiratet und es wird hiermit Wohnung erwünscht. Gefällige Zuschriften unter F. 115 an die „Ameise“ erbeten.

Fabrikarbeiter sparen Geld
Wenn Sie in der Fabrik meine Industriehäute tragen. Art 8a, ein Segeltuch mit harter Leder-
sohle und Zwilgerfahle, Sweden-
beizung, Lederhülle und Spange.
Dieser Schuh ist billiger als ein
Paar neue Sohlen auf ein Paar
Lederhüllen. In Haltbarkeit un-
übertroffen. Glasarbeiter tragen
diese Schuhe seit Jahren und sind
sehr zufrieden, was am besten
durch die große Nachfrage be-
wiesen wird. Außerdem empfehle
ich Segeltuchschuhe mit Leder-
sohle, Gummileber- und Gummisohlen
für den Sport, für die Straße und
für das Haus. Blüsch- und Leder-
pantoffel. Gürtel, Stiefel, Pant-
offel mit Pompon, Lederhandeln,
Wärte, „Schla“, die gute Paßform.
Handgeknähte Lederhandeln, beste
Wanderhülle. Verlangen Sie noch
heute meine neuere Preisliste, aus
der Sie alles nähere erfahren.
Karl Kleye, Weißwasser
Pantoffelfabrik und Schuhverwand.

**Goldschmied, Goldschmied,
Asche und Goldschmied**
und alle in der Vergolder-
vorkommenden Abfälle laufen
bei pünktlicher und reeller
Bedienung (207/27)

**Oskar Rottmann
Stadtklin in Thüringen.**

Wachere ledige
Maler

finden dauernde Beschäfti-
gung in größerer Gebrauch-
geschirrfabrik. Offerten be-
fürdert die „Ameise“ unter
„231“.

Leipziger, strebsamer Schleifer sucht sofort Stellung.
Für gute und saubere Arbeit wird garantiert. Zeugnisse stehen
zur Verfügung. Angebote unter „F. 114“ an „Die Ameise“ er-
beten.

Gerausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten
Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henniger.
Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: W. H. Herben.
Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.
Druck: C. S. an i s e r o s s i, Berlin SW., Elisabethufer 29/29.

Porzellanmaler
für Muster-Defore, Rand
und Wand gesucht. Reise-
vergütung nach 6 Wochen
Tätigkeit. Angebote an die
„Ameise“ unter „228b“ erb.

**Tüchtiger
Maler**
gesucht für Stahlruckelore.
Derelbe muß Platten gra-
vieren können, Entwürfe
hierzu anfertigen und das
geante Stahlruckelverfahren
beherrschen. Offerten unter
„227b“ an die „Ameise“ erb.

**Ein tüchtiger
Geschirrsortierer**
der auch im Sortieren von
Indischblau bewandert ist,
wird sofort eingestellt. Be-
werbungen, wenn möglich
lediger Arbeiter, erbeten
unter „234a“ a. d. „Ameise“.

**Einige tüchtige
Scharfbrenner**
die auch flüßen und legen können,
werden sofort eingestellt. Ver-
heirateten Bewerber kann im
Herbst schöne Werkwohnung ge-
stellt werden. Es mögen sich nur
Arbeiter, denen an einem dauer-
haften Arbeitsplatz gelegen ist, unter
„228a“ bei der „Ameise“ melden.

**Tüchtiger
Geschirrschleifer**
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Bewerber, die längere Zeit in
e. h. Geschirrfabrik gearbeitet
haben und auf Dauer-
stellung Wert legen, wollen sich
melden unter „225a“ bei der
„Ameise“. Werkwohnung kann
im Herbst gestellt werden.